



Gemeinsame Pressemitteilung

11. Dezember 2023

Seite 1 von 2

Jahresbericht 2023 zur Situation illegaler Drogen in Deutschland erschienen

Cannabis ist meistkonsumierte illegale Droge – Präventionsangebote nehmen wieder zu

Der heute vorgestellte Jahresbericht 2023 der deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (DBDD) zeigt, dass sich einige seit Jahren erkennbare Entwicklungen fortsetzen: Cannabis bleibt die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Das führt zu steigenden Gesundheitsgefahren. Etwa 40 Prozent der ambulanten und etwa 30 Prozent der stationären Behandlungen gehen auf den Konsum von Cannabis und Cannabinoiden zurück. Nach der Coronapandemie nehmen nun auch die Präventionsangebote bundesweit wieder zu.

Das sind Fakten aus dem neuen Jahresbericht. Diese bestärken auch den **Beauftragten der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen Burkhard Blienert**, den neuen Weg für eine Drogen- und Suchtpolitik der Hilfe und des Schutzes fortzusetzen: „Der Jahresbericht zeigt, wir haben weiterhin sehr viel zu tun. Wichtig ist, dass wir die kontrollierte Abgabe von Cannabis jetzt ins Ziel bringen. Mit diesem Projekt erkennen wir in der Drogenpolitik endlich die Lebenswirklichkeit vieler Menschen an und sorgen ganz praktisch für mehr Gesundheitsschutz. Dabei ist klar: Für Jugendliche bleiben Kiffen und Co. weiterhin untersagt. Und dennoch wird es gelingen, den Schwarzmarkt deutlich zurückzudrängen und die Gefahren des Konsums zu reduzieren, weil kein Erwachsener mehr gestrecktes oder hochpotentes Gras vom Dealer an der Ecke kaufen muss. Dieses Umdenken in der Sucht- und Drogenpolitik – weg vom Verbot, hin zu mehr Schutz und Hilfe – wird allein fast 4,5 Millionen Erwachsene in Deutschland helfen, die regelmäßig zu Cannabis greifen. Ansonsten machen die Daten überdeutlich, dass wir die niedrigschwellige Angebote der Suchthilfe in Deutschland weiter ausbauen müssen. Sie retten Leben und reduzieren den Schaden.“

Der Reitoxbericht beschreibt neben der Verbreitung von Drogen auch die aktuellen Entwicklungen in der deutschen Sucht- und Drogenpolitik: Auf Bundesebene wurden etwa die betäubungsmittelrechtliche Voraussetzung für die Durchführung von Modellvorhaben zum Drug-Checking durch die Länder geschaffen. Wichtiges Element des Drug-Checking ist die Beratung, Aufklärung und gegebenenfalls die Warnung der Nutzerinnen und Nutzer vor (unerwartet) gefährlichen Substanzen. Darüber hinaus tragen Drug-

**Beauftragter der Bundesregierung
für Sucht- und Drogenfragen:**

Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Tel. +49 (0) 30 18441-1445
Fax +49 (0) 30 18441-4960

[presse-
drogenbeauftragter@bmg.bund.de](mailto:presse-drogenbeauftragter@bmg.bund.de)
www.bundesdrogenbeauftragter.de

**IFT München
Deutsche Beobachtungsstelle
für Drogen und Drogensucht**

Leopoldstraße 175
80804 München

Tel. +49 (0) 89 360 804-0
Fax +49 (0) 89 360 804 19

dbdd@ift.de
www.dbdd.de

Checking-Projekte dazu bei, dass Gesundheits-, Ordnungs- und Sicherheitsbehörden eine bessere Kenntnis bekommen, welche Stoffe aktuell auf dem Drogenmarkt gehandelt werden.

Auch die Entwicklungen in der Suchtprävention, etwa in Schulen oder Betrieben, sind ein Thema. **Franziska Schneider, Leiterin der DBDD** dazu: „Die Zahl der angebotenen Präventionsmaßnahmen nimmt nach den Pandemie Jahren erfreulicherweise wieder zu. Für die Suchtprävention bedeutete gerade das Aussetzen von strikten Kontaktbeschränkungen die Möglichkeit, zu gewohnten Arbeitsweisen und einer stärkeren Präsenz in der Bevölkerung zurückzukehren. Dadurch können wieder mehr Menschen mit Präventionsangeboten erreicht werden.“

Der Reitoxbericht erscheint jährlich und liefert umfangreiches Zahlenmaterial sowie einen Überblick über Entwicklungen in Bezug auf illegale Drogen, ihren Wirkstoffgehalt und ihre Verbreitung in Deutschland. Insbesondere enthält er Hintergrundinformationen und fasst aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Prävention, Beratung, Behandlung, Schadensminderung und Angebotsbekämpfung zusammen. Der Bericht ist die Grundlage für die deutsche Datenbasis für den Europäischen Drogenbericht, der sich mit illegalen Drogen beschäftigt.

Die DBDD wird auf Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages vom Bundesministerium für Gesundheit gefördert. Sie wird von drei Institutionen getragen, welche die unterschiedlichen Bereiche des Themas Sucht und Drogen abdecken: die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) sowie das IFT Institut für Therapieforschung.

Weitere Informationen zum Thema sowie der vollständige Bericht sind unter www.dbdd.de verfügbar.